



Zwischenbericht Fachgruppe Stadtentwicklung: Standortförderung

11.12.2019, nach 2. Lesung Projektsteuerung, inkl. Ergänzungen Trends

Inhalt

1. Mitglieder der Fachgruppe	1
2. Entscheidungsfindung	2
2.1 Beschlüsse der Projektsteuerung, 1. Lesung	2
2.2 Erwägungen der Resonanzgruppe	3
2.3 Zwischenbeschlüsse Gemeinderäte	3
2.4 Beschlüsse der Projektsteuerung, 2. Lesung	3
3. Strategische Grundlagen	4
4. Standortförderung	4
4.1 Rolle der neuen Hauptstadt	6
4.2 Grösse als Standortfaktor	7
4.3 Wirtschaftliche Positionierung	8
5. Räumliche Entwicklung	11
5.1 Der funktionale Raum stimmt (besser) mit dem politisch-administrativen Raum überein.	13
5.2 Der Lebens- und Nutzungsraum stimmt (besser) mit dem Finanzraum überein	16
5.3 Grenzgebiete erlangen eine neue Zentralität	18
6. Trends	20
6.1 Globalisierung	20
6.2 Digitalisierung	20
6.3 Individualisierung und Pluralisierung	21
6.4 Demografischer Wandel und Migration	21
6.5 Klimawandel	21
6.6 Fazit	22

1. Mitglieder der Fachgruppe

- Alfred Stiner, Gemeinderat Unterentfelden
- Anna Borer, Leiterin Stadtentwicklung Aarau
- Beat Hux, Vertreter Unterentfelden
- Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident Aarau
- Jürg Amsler, Vertreter Densbüren
- Jürg Stucki, Bauverwalter Oberentfelden
- Lukas Sigrist, Bauverwalter Suhr
- Thomas Baumann, Gemeinderat Suhr
- Michael Rothen, Leiter Sektion Orts-, Siedlungs- und Regionalplanung Aargau West
- Oliver Bachmann, Metron AG
- Marco Salvini, Projektleiter Zukunftsraum



2. Entscheidungsfindung

2.1 Beschlüsse der Projektsteuerung, 1. Lesung

1. Die Projektsteuerung heisst folgende Rolle der zukünftigen möglichen Hauptstadt gut.
 - Die Rolle als Zentrum in der Schweiz
 - Top 12 Stadt
 - Aufstrebendes Zentrum zwischen den grossen Zentren
 - Potenzieller Standort für Nationale Institutionen
 - Wirtschaftsstandort
 - Destination (MICE, Freizeit)
 - Hauptstadt des viertgrössten Kantons
 - Die Rolle im Verbund der Schweizer Städte
 - Vernetzte Partnerin
 - Teil der urbanen Schweiz
 - Die Rolle im Kanton Aargau
 - Grösste Stadt
 - Kantonales Zentrum
 - Wirtschaftsmotor (muss Anspruch an das Zentrum sein)
 - Verkehrsdrehscheibe (SBB, WSB, A1, Nord-Süd Verbindungen)
 - Vorbild für die anderen Gemeinden und den Kanton
 - Die Rolle in der Region
 - Regionales Zentrum
 - Führungsrolle
 - Teil der Region
 - Die Rolle gegenüber Nachbargemeinden
 - Starke Partnerin
 - Fachliche Beraterin
 - Dienstleiterin
 - andere Partner als heute (z.B. Fricktal)
 - weniger Gemeinsamkeiten als heute
2. Die Projektsteuerung erkennt folgende Chancen der Grösse als Standortfaktor:
 - Als grössere Stadt nimmt die restliche Schweiz die Stadt besser war
 - Als gemeinsame Stadt hat der Zukunftsraum bei Kanton und Bund höheres Gewicht mit seinen Anliegen
 - Als grössere Stadt wird der Zukunftsraum bei der Vergabe von Institutionen eher berücksichtigt (Bundesstrafgericht, FHNW)
 - Als grössere Stadt ist der Zukunftsraum für Firmen als Adresse beliebter
 - Als grössere Stadt kommt der Zukunftsraum eher auf die Shortlist von ansiedlungswilligen Unternehmen
 - Als grössere Stadt hat der Zukunftsraum in Verhandlungen mit Institutionen grössere Verhandlungskompetenz (SBB, WSB)



- Als grössere Stadt kommt der Zukunftsraum bei Infrastruktur-Projekten eher zum Zug (Umfahrung Suhr, Agglomerationsprogramm)
 - Als grössere Stadt ist Aarau als Destination/Veranstaltungsort attraktiver
3. Die Projektsteuerung heisst die wirtschaftliche Positionierung in den Bereichen "Kantonshauptstadt", "Vielfältiger Branchenmix", "Gesundheitswesen und Medizinaltechnik" "Zukunftstechnologien" und "Wohnstandort" gut.
 4. Die Projektsteuerung erkennt die folgenden möglichen räumlichen Effekten eines Zusammenschlusses:
 - Der funktionale Raum stimmt (besser) mit dem politisch-administrativen Raum überein
 - Der Lebens- und Nutzungsraum stimmt (besser) mit dem Finanzraum überein
 - Grenzgebiete erlangen eine neue Zentralität
 - Professionalisierung und Synergien
 5. Die Projektsteuerung verabschiedet den Zwischenbericht zuhanden der Gemeinderäte und der Resonanzgruppe 5. Dezember 2019 intensiv diskutiert.

2.2 Erwägungen der Resonanzgruppe

Die vorliegenden Zwischenergebnisse wurden im Workshop der Resonanzgruppe vom 5. Dezember 2019 diskutiert.

Betont wurde das höhere Gewicht der neuen Hauptstadt, vor allem im politischen Hinsicht sowie die Bedeutung der Vielfalt als Standortfaktor. Wie im Leitbild hervorgehoben sind die Natur und die Freizeitmöglichkeiten ein wichtiger Faktor für den Wohnstandort und für die Identifikation.

2.3 Zwischenbeschlüsse Gemeinderäte

Die Gemeinderäte Densbüren, Oberentfelden, Unterentfelden und der Stadtrat Aarau heissen die vorgelegten Zwischenergebnisse gut. Der Gemeinderat Suhr betont die Bedeutung des Grundsatzes, dass Lebens- und Nutzungsraum besser mit dem Finanzraum übereinstimmen. Dadurch können Zentrum- und Agglomerationslasten besser und fairer verteilt werden. Der Effekt hinsichtlich Professionalisierung und Synergien wurde im Bericht zu kurz behandelt.

2.4 Beschlüsse der Projektsteuerung, 2. Lesung

Die Projektsteuerung bestätigt die Beschlüsse der 1. Lesung und verweist bezüglich "Professionalisierung und Synergien" auf die Berichte aus dem Bereich Organisation. Der Bericht wird zudem um die Auswirkungen von Trends auf die Gemeinden und die Stadt ergänzt.



3. Strategische Grundlagen

Im Leitbild der möglichen zukünftigen Kantonshauptstadt legen folgende Leitsätze und die entsprechenden Handlungsfelder die strategischen Grundlagen für die Arbeit der Fachgruppe fest.

Leitsätze

- **Leitsatz 4.I:** Wir positionieren uns im kantonalen und nationalen Wettbewerb mit attraktiven Rahmenbedingungen für eine innovative und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.
- **Leitsatz 4.II:** Wir sind ein attraktiver Wohnort mit hoher Lebensqualität. Wir pflegen und entwickeln die vielseitigen Siedlungsstrukturen und Freiräume sowie die multifunktionalen Naherholungsräume sorgfältig weiter.
- **Leitsatz 4.III:** Wir verfügen über gute ÖV- und Radverbindungen zwischen den Stadtteilen und gehen die Verkehrsprobleme für alle Verkehrsteilnehmer/-innen an. Wir sind regional und national gut erschlossen.

Handlungsfelder

- Festlegen der regionalen und nationalen Positionierung der Kantonshauptstadt und der dazu notwendigen Umsetzungsinstrumente.
- Prüfen und Ausarbeiten von Grundsätzen für die räumliche Weiterentwicklung der Kantonshauptstadt, ihrer Stadtteile, ihrer Naherholungsräume sowie ihrer Verkehrsinfrastruktur als Grundlage für die zukünftige gemeinsame Bau- und Nutzungsordnung und weiterer raumwirksamer Grundlagen. Die Chancen der gemeinsamen Planung werden wahrgenommen.

4. Standortförderung

Die Standortförderung verfolgt das Ziel, den Wohlstand in einer Region zu erhalten und zu steigern. Dazu gehören das Erhalten und Erhöhen des Steuersubstrates, der Arbeitsplätze, der Wertschöpfung und der Wettbewerbsfähigkeit. Die Ausgangslage ist je nach Gemeinde und Region unterschiedlich. Dennoch gibt es wenige Erfolgsfaktoren, die es gilt, unabhängig der Ausgangslage zu berücksichtigen.



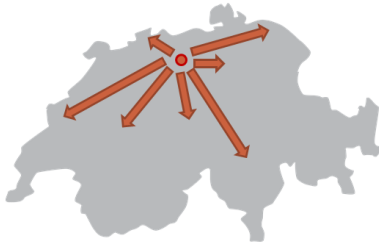
Erfolgsfaktoren der Standortförderung (Quelle: Metron AG)

Eine Fusion wirkt sich auf diese Erfolgsfaktoren meistens positiv aus. So wird das Festlegen gemeinsamer Ziele und der Verantwortlichkeiten durch die Reduktion der Anzahl Behörden und Verwaltungen vereinfacht, im Fall des Zukunftsraums von fünf auf eine. Der Zusammenschluss erhöht per se die vorhandenen Ressourcen nicht. Das Bündeln der Ressourcen ermöglicht jedoch, diese gezielter einzusetzen. Weniger eindeutig ist der Einfluss des Zusammenschlusses auf die Vernetzung und das Kennen der Region. Dank den heutigen kleinräumigen Strukturen kennen die Behörden ihre Gemeinden und die Akteure gut. Die Vernetzung endet aber oft an der Gemeindegrenze. Eine gemeinsame Stadt kann sich positiv auf die Vernetzungsmöglichkeit auswirken, kann aber auch die Entfernung zwischen den wirtschaftlichen Akteuren und der Stadt erhöhen.



4.1 Rolle der neuen Hauptstadt

Die Rolle als Zentrum in der Schweiz



- Top 12 Stadt
- Aufstrebendes Zentrum zwischen den grossen Zentren
- Potenzieller Standort für Nationale Institutionen
- Wirtschaftsstandort
- Destination (MICE, Freizeit)
- Hauptstadt des viertgrössten Kantons

Die Rolle im Verbund der Schweizer Städte



- Vernetzte Partnerin
- Teil der urbanen Schweiz

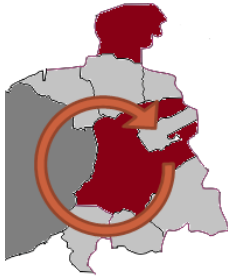
Die Rolle im Kanton Aargau



- Grösste Stadt
- Kantonales Zentrum
- Wirtschaftsmotor (muss Anspruch an das Zentrum sein)
- Verkehrsdrehscheibe (SBB, WSB, A1, Nord-Süd Verbindungen)
- Vorbild für die anderen Gemeinden und den Kanton

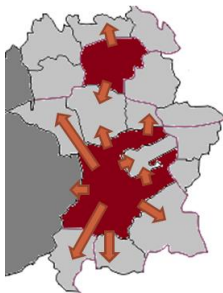


Die Rolle in der Region



- Regionales Zentrum
- Führungsrolle
- Teil der Region

Die Rolle gegenüber Nachbargemeinden



- Starke Partnerin
- Fachliche Beraterin
- Dienstleiterin
- andere Partner als heute (z.B. Fricktal)
- weniger Gemeinsamkeiten als heute

4.2 Grösse als Standortfaktor

Die Grösse einer Stadt kann sich auf ihre Aussenwirkung und auf ihre Attraktivität im Rahmen der Standortförderung auswirken. Dabei gelten für den Zukunftsraum folgende Thesen:

- Als grössere Stadt nimmt die restliche Schweiz die Stadt besser wahr
- Als gemeinsame Stadt hat der Zukunftsraum bei Kanton und Bund höheres Gewicht mit seinen Anliegen
- Als grössere Stadt wird der Zukunftsraum bei der Vergabe von Institutionen eher berücksichtigt (Bundesstrafgericht, FHNW)
- Als grössere Stadt ist der Zukunftsraum für Firmen als Adresse beliebter
- Als grössere Stadt kommt der Zukunftsraum eher auf die Shortlist von ansiedlungswilligen Unternehmen
- Als grössere Stadt hat der Zukunftsraum in Verhandlungen mit Institutionen grössere Verhandlungskompetenz (SBB, WSB)
- Als grössere Stadt kommt der Zukunftsraum bei Infrastruktur-Projekten eher zum Zug (Umfahrung Suhr, Agglomerationsprogramm)
- Als grössere Stadt ist Aarau als Destination/Veranstaltungsort attraktiver



4.3 Wirtschaftliche Positionierung

Unter der Leitung von aarau regio haben die Gemeinden der Region die wirtschaftliche Positionierung der Region Aarau ausgearbeitet. Der Zukunftsraum umfasst weit über die Hälfte der Arbeitsplätze der Region. Die Fachgruppe Stadtentwicklung hat somit die erarbeitete Positionierung kritisch gewürdigt und punktuell angepasst. Die fünf hervorgehobenen Schwerpunkte sind dabei:

- Kantonshauptstadt mit vielfältigen Impulsen für die Wirtschaft
- Vielfältiger Branchenmix als Sicherheit gegen konjunkturelle Schwankungen
- Gesundheitswesen und Medizinaltechnik als Branchenschwerpunkt mit Wachstumspotenzial
- Zukunftstechnologien als Innovationstreiber für die gesamte Stadt
- Wohnstandort mit hoher Lebensqualität und bester Erreichbarkeit

Kantonshauptstadt

Die zukünftige mögliche Kantonshauptstadt bietet eine Vielzahl von Arbeitsplätzen bei der kantonalen Verwaltung sowie bei verschiedenen öffentlichen Betrieben. Dies führt zu einem positiven Wohlstandseffekt. Die Angestellten geben einen Teil ihres Lohns in der Region aus. Bei Angestellten, die in der Region wohnen ist dieser Effekt noch deutlich stärker. Die kantonale Verwaltung bezieht verschiedenliche Vorleistungen. Betriebe aus der Region können die räumliche Nähe als Vorteil einbringen. Die Standortförderung kann dabei an folgenden Punkten ansetzen:

- Leistungen von Dritten für die öffentliche Hand möglichst aus dem Zukunftsraum und der Region beziehen
- Ausgaben der Zupendler/-innen und Beschäftigten der Kantonsbetriebe in der Stadt fördern/erhöhen
- Standortvorteile der Nähe zu den Arbeitsplätzen im öffentlichen Bereich bezeichnen und bewerben
- Vermarktung des Wohnstandortes bei den Zupendlerinnen und Zupendlern
- Hauptstadtfunktion und die Standortförderung nutzen, um neue Unternehmen anzuziehen

Vielfältiger Branchenmix

Die Vielfalt und die Breite kennzeichnen die wirtschaftliche Struktur der Hauptstadt und der Region. Es zeichnet sich neben dem öffentlichen Bereich kein eindeutiger Schwerpunkt ab. Der Branchenmix ist dabei gekennzeichnet durch verschiedene gewerbliche und kleinindustrielle Nutzungen, durch die Lebensmittelproduktion, die Logistik und die Automatik. Die Hauptstadt nimmt dabei die Rolle eines regionalen Finanzplatzes ein und sticht dabei, vor allem seit der Gründung von CH Media im Bereich der Medien, hervor. Die Verbindung zwischen den landschaftlichen Qualitäten des Juraparks, der dynamischen Altstadt und den vielseitigen Freizeitangeboten in der gesamten Stadt bilden zudem eine wichtige Basis für den Tourismus. Die Standortförderung kann dabei folgende Stossrichtungen verfolgen:



- Bestandespflege der Firmen zur Erhaltung des vielfältigen Branchenmixes durch Firmenbesuche, Netzwerkanlässe usw. Dabei gilt es, die regional tragenden Branchen, wie die Lebensmittelproduktion, die Logistik, die Automatik, das Finanzwesen und den Medien besonders zu pflegen.
- Ausschöpfen der Potentiale einer einfacheren Planung in der neuen Hauptstadt und dadurch Konzentration (Adressbildung) der einzelnen Nutzungen mit der Festlegung der Zonierungen in der Bau- und Nutzungsordnung.
- Förderung von Start-ups verschiedener Branchen
- Fördern der Vernetzung der verschiedenen Branchen zur Stärkung der lokalen Wertschöpfungskette
- Pflege der Attraktivität als Wirtschaftsstandort für alle Branchen durch Sicherung der guten Erreichbarkeit mit dem öffentlichen und privaten Verkehr
- Tourismusmarketing als Instrument zur Imageförderung des Wirtschafts- und Wohnstandorts

Gesundheitswesen und Medizinaltechnik

Das Gesundheitswesen gehört zu den grössten und gleichzeitig am schnellsten wachsenden Branchen der Schweizer Wirtschaft. In der Hauptstadt sind neben dem Kantonsspital weitere Kliniken und Gesundheitsfachverbände angesiedelt. Arztpraxen für Allgemeinmedizin, Facharzt- und Zahnarztpraxen runden die gesundheitliche Versorgung ab. Der Gesundheitscluster wird durch Firmen aus der Medizinaltechnik ergänzt und gestärkt. Die Medizinaltechnik weist zudem Bezüge zum nächsten Bereich, den Zukunftstechnologien, auf. Die Standortförderung könnte daher an folgenden Punkten ansetzen:

- Durch die Förderung des Gesundheits-Clusters kann die Attraktivität für bestehende und neu zuziehende Unternehmen erhöht werden (erhöhter Wissenstransfer, einfachere Personalrekrutierung, Zuzug von lokalen Lieferanten, Nutzung von gemeinsamer Infrastruktur).
- Gezielte Standortpromotion für Firmen aus dem Gesundheitswesen und der Medizinaltechnik führt zu mehr Firmenansiedlungen und zusätzlichen Steuereinnahmen.
- Die Behörden unterstützen Ausbaupläne von bestehenden Institutionen aus dem Gesundheitswesen.
- Förderung der Ansiedlungen von Bildungs- und Forschungsinstitutionen. Oft entstehen im Umfeld dieser Bildungsinstitutionen neue Start-ups. Zudem kommen auch vermehrt qualifizierte Fachkräfte in die Hauptstadt.



Zukunftstechnologien

In der Hauptstadt sind verschiedene Unternehmen aus dem Technologiebereich angesiedelt. Diese Unternehmen haben üblicherweise ein grosses Wachstumspotential. Gut vertreten ist vor allem der Bereich der Energieversorgung. Mit Swissgrid AG hat ein schweizweit führendes Unternehmen seit 2018 den Sitz in der Hauptstadt. Ebenfalls verankert in der Hauptstadt sind Zulieferer der produzierenden Industrie, deren Produkte teilweise europaweit exportiert werden, und Unternehmen im Bereich der Gebäudetechnologien. Räumlich verteilen sich die Unternehmen über das gesamte Stadtgebiet und wirken für die neue Stadt somit vernetzend und integrierend. Die Standortförderung kann dabei an folgenden Punkten ansetzen:

- Die Vernetzung von Unternehmen im Bereich der Zukunftstechnologien trägt zu einem attraktiven und innovativen Standort für Unternehmen bei
- Gezielte Standortpromotion für Hightech-Firmen bringt Wertschöpfung und Arbeitsplätze
- Durch die Förderung des Hightech-Clusters ergibt sich ein Imagetransfer (Nachhaltigkeit, Innovation) für die ganze Hauptstadt.

Wohnstandort

Die Hauptstadt befindet sich in der Mitte einiger grossen Arbeitsplatzregionen der Schweiz und weist eine gute Erreichbarkeit mit den verschiedenen Verkehrsmitteln auf. Bezüglich Lebensqualität und Attraktivität nimmt die Hauptstadt eine Top-10-Positionierung ein. Die Standortförderung kann somit bei beiden Qualitäten ansetzen:

- Erhalt und Förderung der guten Erreichbarkeit
- Bewerbung der Hauptstadt als attraktiver Wohnort für Erwerbstätige, die sich bezüglich der beruflichen Mobilität alle Türen offenlassen wollen
- Pflege und Bewerbung der Vielfalt und der Qualität der Freizeitangebote
- Bewerbung der hohen Lebens- und Siedlungsqualität
- Förderung des Bildungsstandortes und der Betreuungsmöglichkeiten als Bestandteil eines attraktiven Wohnstandorts
- Tourismusmarketing als Instrument zur Imageförderung des Wohnstandorts



5. Räumliche Entwicklung

Die wichtigsten Instrumente zur Steuerung der räumlichen Entwicklung einer Stadt und einer Gemeinde sind die Instrumente der Nutzungs- (z. B. Bauzonenordnung) und der Sondernutzungsplanung (z. B. Gestaltungspläne). Die Revision dieser Instrumente erfolgt nach Inkrafttreten des möglichen Zusammenschlusses. Die folgende Übersicht zeigt, welche Effekte der Zusammenschluss auf die räumliche Entwicklung haben kann und somit mit welchen Chancen und Risiken dabei zu rechnen ist. Grundsätzlich lassen sich folgende Wirkungsbereiche identifizieren:

- Der funktionale Raum stimmt (besser) mit dem politisch-administrativen Raum überein.
- Der Lebens- und Nutzungsraum stimmt (besser) mit dem Finanzraum überein
- Grenzgebiete erlangen eine neue Zentralität
- Professionalisierung und Synergien in der Verwaltung

Die Effekte der räumlichen Entwicklung werden umso klarer, wenn die Entwicklung des Siedlungsgebiets berücksichtigt wird. Waren die einzelnen Gemeinden bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts aus der Vogelperspektive noch klar erkennbar und von entsprechenden Grünräumen getrennt, verläuft heute das Siedlungsgebiet durchgehend.



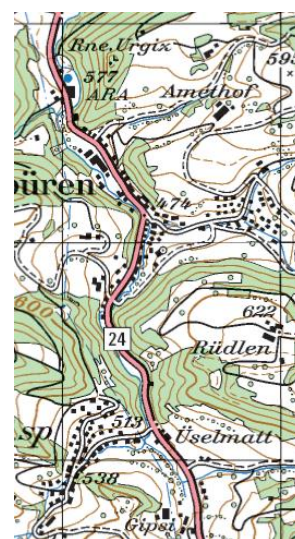
Stand 1861



1941



1960

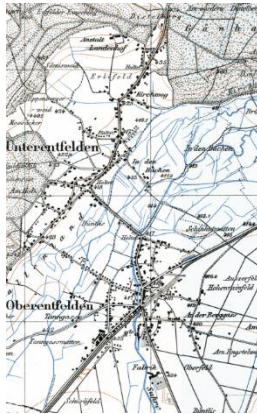


2013

Räumliche Entwicklung Densbüren (Quelle: Bundesamt für Landestopographie, swisstopo)



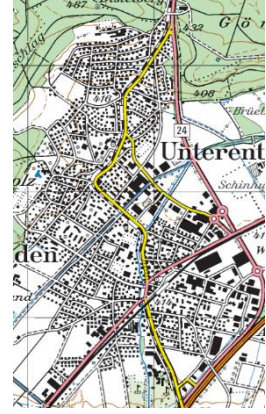
Stand 1861



1941

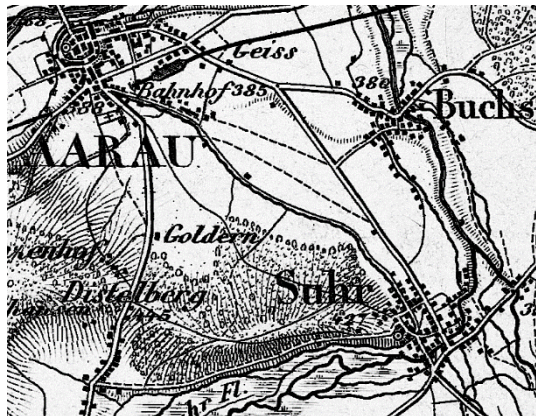


1960



2013

Räumliche Entwicklung Ober- und Unterentfelden (Quelle: Bundesamt für Landestopographie, swisstopo)



Stand 1861



1941



Stand 1960



2013

Räumliche Entwicklung Suhr und Aarau (Quelle: Bundesamt für Landestopographie, swisstopo)



5.1 Der funktionale Raum stimmt (besser) mit dem politisch-administrativen Raum überein.

Das grösser gefasste Gemeindegebiet ermöglicht den Einwohner/-innen, Bürger/-innen, Akteuren und Behörden auf eine grössere Anzahl von relevanten Funktionen Einfluss zu nehmen. Projekte werden stärker aus einer funktionalräumlichen Perspektive beurteilt. Die Verteilung der Mittel erfolgt somit stärker nach der Bedeutung im Gesamttraum als aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Gemeinde.

Die höhere Übereinstimmung führt dazu, dass Akteure, Einwohner/-innen und Bürger/-innen gleichberechtigt im Entscheidungsprozess mitwirken können. Bei mehreren Gemeinden haben Akteure, Einwohner/-innen und Bürger/-innen der entsprechenden Gemeinde mehr Möglichkeiten als die anderen, unabhängig vom Betroffenheitsgrad. Im Gegenzug fällt die VETO-Möglichkeit, über die heute jede einzelne Gemeinde verfügt, weg.

Heute verfügt jede der fünf Gemeinde über eine eigenen Bau- und Nutzungsordnung, die die bauliche Entwicklung bis zur Gemeindegrenze regelt. Jede Gemeinde revidiert und erlässt die eigenen Bestimmungen und entwickelt das Regelwerk weiter, so beispielsweise in diesen Jahren aufgrund der angepassten kantonalen Begrifflichkeiten. Die dazugehörigen Konzepte, wie der kommunale Gesamtplan Verkehr (KGV) werden ebenfalls für jede Gemeinde erarbeitet. Die Erarbeitung erfordert jeweils eine inhaltliche Koordination. Durch den Zusammenschluss können Doppelspurigkeiten reduziert sowie Verfahren (z.B. Baubewilligungsverfahren) und Regelwerke harmonisiert werden. Zudem wird der Entscheidungsprozess durch die Reduktion der Entscheidungsinstanzen effizienter.

Fallbeispiele

Dieser Wirkungsbereich zeigt sich in den verschiedenen Themen der räumlichen Entwicklung, wie es in der folgenden Tabelle aufgezeigt wird. Die Entwicklung von grossen Arbeits- und Wohngebiete, wie beispielsweise in Oberentfelden, in der Telli oder im Torfeld Süd und Nord, zeigt diese Thematik exemplarisch auf.





Wird ein Areal, wie aktuell das Torfeld Süd, entwickelt, liegen die meisten Entscheidungen der öffentlichen Hand, sei es im Bereich der Planung (Nutzungsplanung, Gestaltungsplanung), der Realisierung (Baubewilligung) oder der Finanzierung (Mehrwertabschöpfung, Beteiligung am Stadion) bei den Institutionen und den Stimmberechtigten der Stadt Aarau. Die Stimmberechtigten und Institutionen von anderen Gemeinden haben, auch wenn sie von den positiven (z.B. erhöhtes Angebot) und negativen Auswirkungen (z.B. Verkehrsaufkommen) geradeso betroffen sind, untergeordnete Entscheidungsmöglichkeiten. In einer grösseren Hauptstadt wären die Institutionen breiter abgestützt und eine höhere Anzahl an Bürger/-innen könnten sich an den Entscheidungen beteiligen.

Das Fallbeispiel zeigt auch, dass verschiedene Nutzungen, wie sportliche Nutzungen (z.B. Stadion), aber auch wirtschaftliche Nutzungen (z.B. Ansiedlung von Unternehmen) innerhalb des Stadt- oder Gemeindegebiet integriert werden müssen, auch wenn andere Standorte ausserhalb optimaler sein könnten.

Weitere Beispiele sind:

Be-reich	Effekt/Beispiele	Beschreibung
Verkehr	Effekt	<ul style="list-style-type: none"> - Funktionale Verbindungen können über die gesamte Strecke geplant und realisiert werden - Durch den grösseren Spielraum und eine einheitliche Steuerung sind die Differenzierungsmöglichkeiten grösser - Mitentscheid bei Massnahmen in anderen Stadtteilen mit Auswirkungen auf das Umfeld - Projekte mit Vorteilen für einen Stadtteil müssen von allen genehmigt und finanziert werden
	Bsp.	<ul style="list-style-type: none"> - P&R an Aussenbahnhöfen - Verschiedene unterschiedliche Velo-Verbindungen; Velo-Komfortroute Bachstrasse - Einführung der Gönhard-Fahrverbotszone - Buslinienführungen - Verbindungen des motorisierten Individualverkehrs (MIV) zwischen Autobahnaus/-einfahrt und Zielorten - Gestaltung Einfallsachsen (z. B. Tramstrasse / Buchserstrasse)
Angebotsplanung	Effekt	<ul style="list-style-type: none"> - Vernetzte Planung bei Sportanlagen, Kulturinstitutionen, Wohnen im Alter, Schulraumplanung und dadurch bessere Auslastung und ergänzende Angebote - gemeinsame Planung und Entscheidung über Investitionen
	Bsp.	<ul style="list-style-type: none"> - KEBA - Hallenbäder - Kongresssäle - Alters- und Pflegeheime
Siedlung	Effekt	<ul style="list-style-type: none"> - Festgelegte Nutzungen (Nutzungsplanung) stimmt besser mit den Eigenschaften des Raumes überein - Flächenangebot fällt differenzierter und bedarfsorientierter aus



Be- reich	Effekt/ Beispiele	Beschreibung
		<ul style="list-style-type: none"> - Mitentscheid bei einer grösseren Anzahl von relevanten Nutzungen - Abstimmung Siedlung-Verkehr - Gemeinsames Regelwerk
	Bsp.	<ul style="list-style-type: none"> - Harmonisierung Bauordnung - Dezentrale Konzentration der Arbeitszonen (Telli, Oberentfelden, Suhr, Densbüren) und sich ergänzende Entwicklung. Stärkere Bildung von klaren und wiedererkennbaren Adressen (Adressbildung) und Clusterwirkung. - Hochhauskonzept
Freiraum	Effekt	<ul style="list-style-type: none"> - stärkere Vernetzung der Freiräume - bessere Entwicklung der Lebensräume
	Bsp.	<ul style="list-style-type: none"> - Freiraumbänder / Vernetzter Freiraum - Suhre - Stadtbach - Distelberg
Wirtschaft	Effekt	<ul style="list-style-type: none"> - effektiveres Arbeitszonenmanagement
	Bsp.	<ul style="list-style-type: none"> - Arbeitszonen Telli – Suhr – Oberentfelden – Densbüren
Bevölkerung	Effekt	<ul style="list-style-type: none"> - Lebensraum (Quartier und Stadtteil) bleibt unverändert. - heutige Gemeinde wird zum Stadtteil der neuen Kantonshauptstadt. - Stadtteile als neue Einheit im Stadtgefüge - Möglichkeit, mehr Funktionen im Lebensraum mitzubestimmen - Entwicklung der sich ergänzenden Zentren und Subzentren
	Bsp.	<ul style="list-style-type: none"> - Abstimmungen über Zentrumsentwicklungen (z. B. Kasernenareal oder Bahnhof) und Investitionsvorhaben mit übergeordneter Bedeutung (z. B. Reithalle). - Etablieren von Stadtteilvertretungen (siehe Fachgruppe Institutionen)



5.2 Der Lebens- und Nutzungsraum stimmt (besser) mit dem Finanzraum überein

Das regionaler gefasste Stadtgebiet führt dazu, dass bei Ansiedlungen oder bei den stadt-internen Umsiedlungen keine fiskalische Vor- oder Nachteile auf die einzelnen Gemeinden zukommen. Die neuen Stadtteile profitieren im vereinbarten Rahmen von den entstehenden Vorteilen.

Die Free-Ride-Problematik, die beim Erstellen von regional bedeutender Infrastruktur entsteht, reduziert sich zwischen den Zukunftsraumgemeinden spürbar. Gegenüber den anderen Gemeinden in der Region bleibt die Problematik bestehen. Die Free-Ride-Problematik ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Investitionskosten und die Restkosten des Betriebs von Anlagen mehrheitlich bis fast ausschliesslich von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern der entsprechenden Gemeinden finanziert werden. Genutzt werden die Angebote jedoch von Einwohner/-innen aus der ganzen Region.

Eine grössere Stadt hat zudem einen grösseren finanziellen Spielraum zur Finanzierung von Anlagen. Gestärkt wird dieser Punkt durch das Mindern oder das Wegfallen der Konkurrenz zwischen den Gemeinden in der Region. Allgemein werden Zentrums- und Agglomerationslasten besser verteilt.

Fallbeispiele

Die Free-Ride-Problematik lässt sich am Beispiel der Erneuerung der KEBA erläutern: Die KEBA ist als einzige Kunsteinbahn eine Infrastruktur von regionaler Bedeutung, die der Bevölkerung in der Region zur Verfügung steht. Die Zentrumsgemeinden Aarau, Buchs und Suhr tragen dabei über zwei Drittel der Investitionskosten, obwohl die Einwohnerzahlen der drei Gemeinden nur gut einem Drittel der Bevölkerung im Einzugsgebiet entsprechen.





Weitere Beispiele sind:

Be- reich	Effekt/ Beispiele	Beschreibung
Angebots- planung	Effekt	- "gerechtere" Finanzierung (weniger Freerider) - Mittragen von Zentrumslasten
	Bsp.	- Finanzierung der KEBA, der Hallenbäder und der Kulturinstitutio- nen
Siedlung	Effekt	- Keine Bauzonenhortung in einzeltem Stadtteil - Kein "Zwang" nach Arbeitszonen in jedem Stadtteil
	Bsp.	- Abtausch Bauzonen - Steuereinnahmen verbleiben auch bei Umzug in der Region, Firma Henz von Suhr nach Oberentfelden
Wirtschaft	Effekt	- Keine "unpassenden" Ansiedlungen wegen Steuereinnahmen
	Bsp.	- stärkere Profilierung der Stadtteile
Bevölkerung	Effekt	- Erleichterter/geförderter Zugang zu städtischen Anlagen
	Bsp.	- Gratiseintritt für Schüler/-innen in Schwimmbad - Vergünstigte Nutzung der Hallen für Vereine

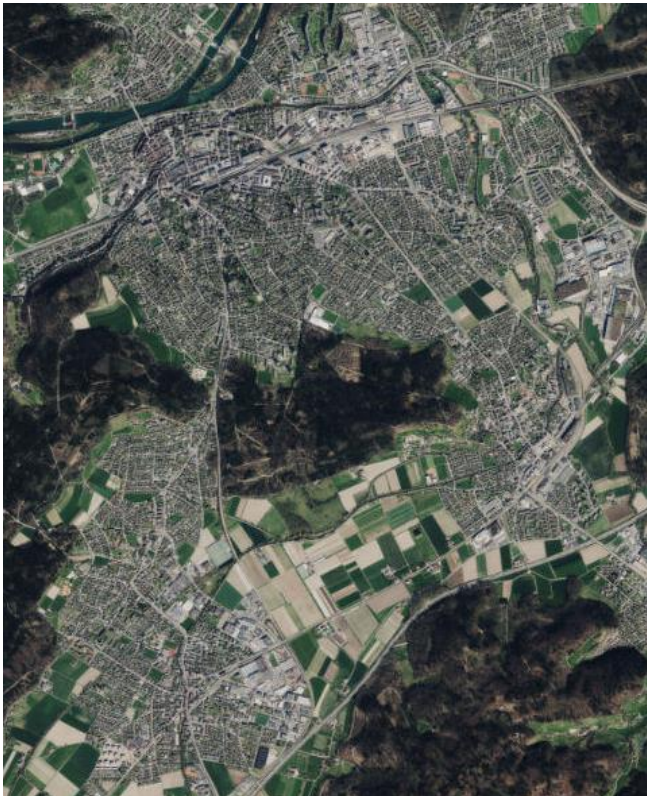


5.3 Grenzgebiete erlangen eine neue Zentralität

Heute teilweise wenig beachtete Grenzgebiete rücken in die Stadt. Gebiete, die aufgrund der Nutzung und der Struktur zusammenhängend oder in Linienführungen sind, aber durch eine Gemeindegrenze geteilt sind, werden vereint.

Fallbeispiele

Die neu erlangte Zentralität lässt sich gut am Beispiel des Grünraumes südlich des Gönhardwaldes aufzeigen. Der Raum umfasst wichtige Naherholungsräume und Freizeiteinrichtungen (z. B. KEBA, Fussballfelder), befindet sich heute aber an der Grenze von vier der fünf Zukunftsraumgemeinden. Mit der neuen Hauptstadt wandelt sich der Raum zur neuen Stadtmitte. Er wandelt sich zum "Central Park" der zukünftigen Hauptstadt. Diese neue Zentralität könnte der gesamtheitlichen Entwicklung dieses Raumes neue Auftrieb verleihen.



Zukunftsraum mit dem Gönhardwald und dem südlichen Grünraum als neue Stadtmitte



Andere Beispiele sind:

Be- reich	Effekt/ Beispiele	Beschreibung
Verkehr	Effekt	<ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung des ÖV-Angebots in Grenzgebieten - Verbesserung der Quartierserschliessung in Grenzgebieten
	Bsp.	<ul style="list-style-type: none"> - Definition der Haltestellen - Gemeinsames Quartierverkehrs-Regime - Gönhard Fahrverbotszone
Angebotspla- nung	Effekt	<ul style="list-style-type: none"> - Grenzüberschreitende Planungen von Stadtteilangeboten - Schaffung neuer Angebote an heutigen Grenzen
	Bsp.	<ul style="list-style-type: none"> - Quartierinfrastruktur - Schulraumplanung
Siedlung	Effekt	<ul style="list-style-type: none"> - Zonenplanung an heutigen Grenzen
	Bsp.	
Freiraum	Effekt	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung von Naherholungsangeboten im heutigen Grenzgebiet
	Bsp.	<ul style="list-style-type: none"> - Gönhardwald und angrenzendes Landwirtschaftsgebiet als neue Stadtmitte und Naherholungsgebiet
Bevölkerung	Effekt	<ul style="list-style-type: none"> - Grössere Flexibilität bei Nutzung von öffentlichen Anlagen und Angeboten
	Bsp.	<ul style="list-style-type: none"> - kürzere Schulwege dank Schulbesuch im benachbarten Stadtteil



6. Trends

Eine Vielzahl von Entwicklungen prägen das Handeln der Städte und Gemeinden, stellen diese vor neuen Herausforderungen, bringen Chancen und Risiken. Der Rat für Raumordnung (ROR) hat sich im Auftrag des Bundesrates mit den Chancen und Risiken von verschiedenen Megatrends befasst. Der Rat für Raumordnung erkennt dabei fünf Megatrends, die für die Entwicklung der Gemeinden besonders prägend sind: Globalisierung, Digitalisierung, Individualisierung, Demografischer Wandel und Migration sowie Klimawandel.

6.1 Globalisierung

Die Globalisierung intensiviert den Wettbewerb zwischen den Unternehmen und den Standorten. Dies erfordert von den Städten und Gemeinden neue Ansätze, um sich dank einer hohen Attraktivität im Wettbewerb zu behaupten. Ebenfalls intensiver ist die globale Verflechtung von Unternehmen. Dies zeigt sich gut an den Firmenübernahmen in der Region Aarau: Pfister durch XXXLutz, Trüb durch Gemalto, Alstom durch General Electric. Die Verankerung der Unternehmen in der Region nimmt dabei ab. Die Urbanisierung ist eine weitere bedeutende Erscheinung der Globalisierung. Der Wunsch, in der Stadt zu arbeiten und zu wohnen, nimmt zu und fordert Städte und Gemeinden sowohl bei der räumlichen Entwicklung als auch beim Bereitstellen der Infrastruktur (Schulraum, Sportanlagen, Verkehrsanlagen, usw.).

Wie im Bericht zur Standortförderung und Raumentwicklung dargelegt, wirkt sich der Zusammenschluss positiv auf diese Bereiche (Standortförderung, Raumentwicklung und Infrastrukturplanung) aus. Eine grössere Stadt ist sichtbarer, ist als Adresse attraktiver und kann eine grössere Verhandlungskompetenz und ein massgeblicheres Gewicht aufbauen. Sie hat einen grösseren räumlichen und finanziellen Gestaltungsspielraum. Einfachere Entscheidungswege, der effizientere Ressourceneinsatz und die höheren Fachkompetenzen ermöglichen eine stärkere Steuerung der Entwicklung.

6.2 Digitalisierung

Der sich laufend verstärkende Einsatz von digitalen Technologien verändern die Wirtschaft, die Ausbildung und den Alltag tiefgreifend. Die Geschwindigkeit der Veränderungen nehmen zudem rasant zu. Das Gemeindewesen ist dabei in doppelter Hinsicht gefordert. Einerseits fordern die digitalen Möglichkeiten ein Umdenken der eigenen Organisation, der Arbeitsprozesse und des Austausches mit der Bevölkerung und der Wirtschaft. Andererseits werden Städte und Gemeinden als Regulatoren gefordert: Sharing Economy (z.B. Uber oder Airbnb), autonomes Fahren usw. werden durch die digitalen Technologien gefördert und führen zu neuartigen Fragestellungen. Städte und Gemeinden sind dabei gefordert, um die Risiken zu minimieren und die Chancen zu nutzen.

Bereits das Umsetzen der Digitalisierung in der eigenen Organisation oder die Integration der digitalen Technologien im Unterricht der Volksschule sind für viele Gemeinden und Städte eine Herausforderung. Das Angehen dieser Herausforderung bindet Ressourcen und erfordert spezifisches Know-how. Der Zusammenschluss würde zu einem besseren Einsatz der Ressourcen führen und würde den Wissensaufbau fördern. Statt Ressourcen in Doppelspurigkeiten einzusetzen (z.B. Aufbau des Geschäftsverwaltungssystems) könnten



sie zur Bearbeitung weiterführender Themen eingesetzt werden. Ein zielführender Umgang mit anknüpfenden Themen, wie der Einsatz künstlicher Intelligenz, die Nutzung von Big Data, das Einführen des Internets der Dinge, wird die Städten und Gemeinden wie auch die Unternehmen weiter fordern.

6.3 Individualisierung und Pluralisierung

Die Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft verändern den Lebensstil, die Lebensläufe und das Zusammenleben sowie das Verhältnis zum Staat. Die Vielfalt an Lebensstilen führt zu unterschiedlichen Nachfragen an öffentlichen Dienstleistungen und zu unterschiedlicher Freizeitgestaltung. Eine Vielzahl von Aufgaben, die früher in der Familie wahrgenommen wurden, werden an die Gesellschaft oder an die öffentliche Hand ausgelagert (z. B. Alterspflege oder Kinderbetreuung). Das Wahrnehmen von öffentlichen Ämtern oder das Engagement in Vereinen verändern sich ebenfalls durch die Individualisierung der Gesellschaft. Dennoch lässt sich als Gegentrend auch das Bedürfnis nach Nähe ausmachen, nach dem Dorf in der Stadt.

Dieser Gegentrend lässt sich mit dem kleinräumigen Gemeindewesen gut auffangen. Die Individualisierung führt hingegen zu neuen Aufgaben und Erwartungen an die öffentliche Hand, die es zu bewältigen gilt. Für das politische Milizsystem braucht es ebenfalls neue Lösungsansätze.

Der Zusammenschluss ermöglicht grossräumig als auch kleinräumig zu handeln. Das Einführen der Stadtteilkommissionen, die Präsenz der Verwaltung und vor allem der Schule vor Ort sowie das Fördern von Aktivitäten und Vereinen unterstützt das Bedürfnis nach Nähe, nach "dem Dorf in der Stadt". Der grössere Gestaltungspielraum der Stadt ermöglicht, besser auf die verschiedenen und zunehmenden Bedürfnisse der individualisierten Gesellschaft einzugehen. Die Professionalisierung des Stadtrates ist eine Antwort auf die Herausforderungen des Milizsystems.

6.4 Demografischer Wandel und Migration

Die Gesellschaft wird vor allem in den Agglomerationen älter und hinsichtlich Herkunft heterogener. Das Gemeindewesen ist hinsichtlich der Integration von Migrantinnen und Migranten in der Gesellschaft und der Arbeitswelt gefragt. Sowohl die Alterung, verbunden mit steigenden Wohl- und Pflegekosten, als auch die ungenügende Integration können das Gemeindewesen finanziell fordern und die wenig beeinflussbaren Positionen im Gemeindebudget erhöhen. Dazu gehören beispielsweise die Finanzierung der Spitex, das Betreiben von Pflegeheimen und die Sozialhilfe bei anerkannten Flüchtlingen. Aufgrund der Flüchtlingswelle von 2015 werden ab 2020 höhere Kosten erwartet, da den Gemeinden die Finanzierung nach den ersten fünf Jahren durch den Bund überbunden wird. Der Zusammenschluss ermöglicht, diesen Herausforderungen fachlich und finanziell solider zu begegnen.

6.5 Klimawandel

Der Klimawandel erfordert einen veränderten Umgang mit den Ressourcen. Das Gemeindewesen ist dabei als Regulator, als Betreiber oder Eigentümer der Wasser- und Elektrizitäts-



werke, als Mitgestalter der Verkehrsinfrastruktur und als Konsument gefordert. Diese Massnahmen erfordern oft eine überkommunale Perspektive und das entsprechende Fachwissen.

6.6 Fazit

Die aktuellen und zukünftigen Megatrends werden auch eine grössere Stadt fordern. Der grössere räumliche und finanzielle Gestaltungsspielraum schafft insgesamt bessere Voraussetzungen, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Unterstützt wird dieser Effekt durch die stärkere Professionalisierung einzelner Funktionen in der Verwaltung und einzelner Behörden, die grössere Verhandlungskompetenz und ein massgeblicheres Gewicht sowie die Möglichkeit, gleichzeitig kleinräumig und regional zu handeln.